

Monatsbericht
Januar und Februar 2003

1 / Die politische Lage in der Region

**a – Spannungen zwischen der UNMIK-Verwaltung und
der kosovoarischen Regierung**

b – Innenpolitische Querelen

c – Verschärfte Konflikte zwischen Serben und Albaner

d – Südserbien

e – Mazedonien

2 / Die wirtschaftliche Lage im Kosovo

1 / Die politische Lage im Kosovo

Der Anfang des Jahres 2003 ist geprägt von Spannungen zwischen der kosovarischen Regierung und der UNO-Verwaltung sowie von erneuten gegenseitigen Beschuldigungen der kosovarischen und serbischen Bevölkerungen im Kosovo und in Südserbien. Auch in Mazedonien und in Südserbien köchelt es weiter unter der Oberfläche – innerpolitische und interethnische Konflikte sind noch immer an der Tagesordnung.

a – Spannungen zwischen der UNMIK-Verwaltung und der kosovarischen Regierung

Während die UN in New York und die EU in Brüssel die Arbeit des Vertreters des UNO Generalsekretärs im Kosovo, Michael Steiner, loben, droht der Präsident des kosovarischen Parlamentes Nexhat Daci Herrn Steiner mit einer „extrem politisch reifen und starken Antwort“¹ sollte er weiterhin nur theoretische Reden halten und seine Versprechungen nicht realisieren. Herr Daci befand, dass Michael Steiner die „kosovarische Gastfreundschaft missinterpretiert habe“ und die Kosovaren sich „zu sehr wie UNMIK Vasallen verhalten hätten“.

Konfliktpunkte sind vor allem, wie gehabt, die Unabhängigkeitsforderung der albanischen Kosovaren, mehrere vom Parlament beschlossene Gesetze, die Herr

¹ Alle Angaben aus der albanischen, serbischen und teilweise internationalen Presse und persönlichen Interviews, UNMIK News, Daily Falcon. Aus technischen Gründen sind bei der Übermittlung leider etliche Fußnoten verloren gegangen. Diese sind mit einem kleinen Kästchen markiert.

Steiner ablehnte, der Transfer von mehr Macht in kosovarische Hände, das Jahresbudget und die Erhöhung der Einkommensteuer. Zudem führen die Verurteilungen der fünf Mitglieder der ‚Dukagjini Gruppe‘ und weiterer ehemaliger UCK-Kämpfern immer wieder zu scharfer Kritik des Volkes an UNMIK.

Vor allem der letzte Punkt führte zu Aufschreien nicht nur der kosovarischen Politiker sondern auch der Bevölkerung.

UNMIK sieht eine Erhöhung der Einkommenssteuer auf 20 % vor – ein Vorhaben, das schon in der Regulierung vom Februar 2000 beschlossen worden war (und vom kosovarischen Finanzminister selbst der Europäischen Steuerbehörde überreicht worden war), wie der UNMIK Sprecher Simon Haselock auf einer Pressekonferenz betonte. Nun jedoch haben die Kosovaren Angst, dass die hohen Steuern die Bevölkerung noch mehr verarmen lassen wird. Am Ende einigte man sich darauf, dass nur Personen mit einem Einkommen über 450 € 20 % Steuern werden zahlen müssen. Wer unter 80 € im Monat verdient, muss keinerlei Steuern zahlen .

Auf all die Anschuldigungen reagierte Michael Steiner gelassen. In einer Rede Anfang Januar an das kosovarische Volk erklärte er seine Absichten deutlich: Standard vor Status. Vor allem drei Herausforderungen müssten erfolgreich angegangen werden, bevor man über den Status der Unabhängigkeit nachdenken könne:

- Erstens: Die wirtschaftliche Situation, da die Arbeitslosigkeit bei weitem zu hoch ist.
- Zweitens: Die Kriminalität. Die Zahl der im Mafiastil organisierten Verbrechen müssen bekämpft werden. In seiner Rede vor dem Sicherheitsrat in New York am 6. Februar erklärte er , dass obwohl die Zahl der Morde seit 2001 sehr zurückgegangen sei und die Aufklärungsrate auf 80% gestiegen, so sah doch die Wende zwischen 2002 und 2003 einen beängstigenden Anstieg an Gewalttätigkeit. Innerhalb von nur 4 Wochen waren 4 Autobomben und mehrere Morde an Politikern und eventuellen Zeugen für Den Haag oder Mafiafälle.
- Und drittens: Die Situation der Minderheiten. Es kann noch immer keine Rede von einer multiethnischen Gesellschaft sein, da Angehörige von Minderheiten in Enklaven leben, schikaniert werden oft keinen Zugang zum Gesundheits- und Bildungssystem, öffentlichen Einrichtungen und Arbeitsstellen haben. Obwohl Belgrad der UNMIK in Mitrovica endlich hilfreich war, so hat die serbische Regierung doch in vielen Regionen auf monoethnischer Basis gearbeitet und fokussiert hauptsächlich auf die 10% serbischer kosovarischer Bevölkerung (mehr darüber in einem späteren Abschnitt).

Michael Steiner nahm in seiner Ansprache kein Blatt vor den Mund. Er kritisierte die kosovarischen Institutionen, die ihre Verantwortlichkeiten noch nicht verstan-

den hätten und sich mit den Worten: „Wir haben nicht genug Verantwortung, wir können nichts tun, es ist der Fehler der internationalen Gemeinschaft“ „herausreden. Dies entspreche nicht der Realität, betonte Steiner. Die Regierung muss verstehen, dass sie nicht mehr in Opposition regiert. Über endlosen, polemischen Kampagnen über die Unabhängigkeit vergessen die Institutionen, sich um die wichtigen Dinge zu kümmern, die einer westlichen Demokratie entsprechen, wie Schulen, Krankenhäuser, Infrastruktur.

Auch die Presse wurde scharf kritisiert. Steiner versprach harte Bestrafungen gegen Journalisten, die sich in Hetzkampagnen verlieren.

Er machte auch klar, dass er sein Mandat weiterhin verfolgen würde, d.h. dass die Gebiete Sicherheit, Justiz, Minderheiten und Außenpolitik in seiner Hand bleiben werden, bis die kosovarischen Institutionen genug Reife bewiesen haben.

In der London School of Economics erklärte Steiner die Situation folgendermaßen:

Das Problem ist, dass der Beginn des Transfers von Verantwortlichkeiten unrealistische Erwartungen bringt. Diese führen zu Ungeduld. Und Ungeduld führt wiederum zu Reibungen. In diesem Stadium befinden wir uns momentan im Kosovo.

Präsident Ibrahim Rugova reagierte zunächst mit Ablehnung. „Status vor Standards“. Diese Aussage widerrief er jedoch in einem ausführlichen Interview am 28. Januar mit dem kosovarischen Fernsehen RTK.

Mehrere kosovarische Analytiker behaupteten jedoch in einer Studie, dass „anstatt als Modell für Demokratie in einem Land zu dienen, in dem niemals Gesetzestreue existiert hat, die übermäßigen Kompetenzen des Special Representative of the Secretary General (Steiner) der Integrität und der Glaubwürdigkeit der UNO-Verwaltung sehr geschadet haben.“

b – Innenpolitische Querelen

Zusätzlich zu dieser ohnehin spannungsgeladenen Situation schwächen innenpolitische Querelen die kosovarische Regierung.

Anfang Januar wurde der ehemalige albanische stellvertretende Kommandant der Rugova-treuen FARK, die sich von der UCK abgespalten hatte, Tahir Zemaj, sein Sohn und sein Neffe, in Peja aus einem fahrenden Auto heraus erschossen. Kurz vor seinem Tod hatte Präsident Rugova beschlossen, ihn zu seinem militärischen Ratgeber zu erheben.

Es wird spekuliert, dass Zemaj ermordet wurde, weil er eventuell in Den Haag gegen ehemalige UCK-Kämpfer hätte aussagen können. Außerdem hatte Zemaj gegen die „Dukagjini Gruppe“ ausgesagt – es könnte sich also auch um einen Racheakt handeln. Während der Führer der AAK (drittgrößte Partei in Kosovo)

Ramush Haradinaj, der Bruder des verurteilten Daut Haradinaj, dies dementierte, gab seine Partei gleichzeitig einen Artikel heraus, in dem Zemaj als Spion, Kollaborateur und Mafioso bezeichnet wurde.

Was auch immer die Wahrheit sein mag, so beweisen die sich häufenden Fälle dieser Art Morde, dass die vielen unausgestandenen Machtkämpfe im Kosovo die Regierung in keinem seriösen Licht dastehen lassen – weder national noch international. Erschwerend kommt hinzu, dass es Zeugen gegeben haben muss, die sich aber nicht bei der Polizei melden. Die Angst vor Blutrache und Vergeltungsmaßnahmen ist offensichtlich noch immer größer als die Bereitschaft zum Verständnis einer Jurisdiktion.

Am 4. Januar erklärte eine Gruppe, die sich „Sicherheit fürs Vaterland“ nennt öffentlich, dass sich in ihren Rängen „professionelle Offiziere“ befänden und sie sich von nun an um die Bekämpfung der Kriminalität kümmern werde. Auf einer Flagge, die der von Präsident Rugova vorgeschlagenen neuen Nationalflagge sehr ähnlich sieht, stand geschrieben: „Respekt für den Freund, eine Kugel für den Feind“.

Während UNMIK diese sogenannte Organisation für illegal erklärte, weigerte der Präsident sich, ein Kommentar dazu abzugeben. Daraufhin erschien ein mehr als scharfer Artikel vom Minister für Öffentliche Angelegenheiten Jakup Krasniqi in der Tageszeitung Epoka e Re, in der er den Rücktritt Ibrahim Rugovas forderte. Er griff Rugovas zur Schau gestellten Reichtum an, beschuldigte ihn des Verrats an der UCK und dem Vaterland im Krieg, der Kollaboration mit Serben und behauptete sogar, der „Präsident“ (er setzte diesen Titel nur in Anführungszeichen) sei der Anführer der kosovarischen Mafia.

Die Krönung des Artikels bestand in seiner Behauptung, dass die oben genannte paramilitärische Vereinigung unter Rugovas Führung „nichts anderes sei als die verlängerte Hand der serbischen Geheimpolizei, die hochaktiv im Kosovo sei.

Dieser doch eher als polemisch zu bezeichnende Artikel ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass mehrere Journalisten Drohungen von „Sicherheit fürs Vaterland“ und einige Parlamentsmitglieder Mordandrohungen von wem auch immer bekamen. Auch sie werden beschuldigt, Verrat an den „Freiheitskämpfern“ begangen zu haben und sich gegen nationale Interessen zu stellen.

Von einer gut funktionierenden, seriösen und verantwortungsvollen Regierung kann sicher noch nicht die Rede sein.

c – Verschärfte Konflikte zwischen Serben und Albanern

Wie allgemein bekannt, hat sich am 27. Januar der Staat Jugoslawien offiziell aufgelöst und sich in eine Union von Serbien und Montenegro verwandelt. Ob dies ein vernünftiger Entschluss war, soll hier nicht diskutiert werden, fest steht aber, dass er Auswirkungen auf die Politik im Kosovo hat.

Eine Voraussetzung für diese Verwandlung war das Aufsetzen einer neuen Verfassung. Laut dieser Verfassung bleibt der Kosovo weiterhin unter serbischer Jurisdiktion.

Nicht überraschend ließ die albanische Reaktion nicht lange auf sich warten. 42 Parlamentsmitglieder hauptsächlich von der Partei AAK beschlossen daraufhin, eine Unabhängigkeitserklärung auf die Tagesordnung der nächsten Parlaments-sitzung zu bringen. Natürlich wurde dies von UNMIK abgelehnt und selbst der bekannte Besitzer der Tageszeitung Koha Ditore Veton Surroi erklärte, dass „diese Versammlung sollte nicht ernst genommen werden“.

Beide Seiten scheinen eine Art Torschlusspanik zu verspüren und dementspre-chend fallen ihre Reaktionen aus. Sollte der Kosovo tatsächlich die Unabhängig-keit erlangen, so sind sich alle Serben einig: Kein einziger Serbe wird dann im Kosovo bleiben können/wollen.

Der serbische Premier Zoran Djindjic, im Gegensatz zu Kostunica, möchte das Problem Kosovo sofort lösen. „Wir brauchen eine permanente Lösung, die Stabi-lität bringen wird. Temporäre Lösungen sind nie erfolgreich im Balkan und dies ist bezogen nicht nur auf den Status des Kosovo sondern auch auf den Status von Serbien“ . Er klagte die internationale Gesellschaft an, das Problem immer weiter vor sich herzuschieben und damit weitere Probleme zu schaffen.

Die drohende Unabhängigkeitsforderung der Albaner wiederum vereinte die ebenfalls zerstrittenen serbischen Politiker. Die gemeinsame serbische Strategie Belgrader und kosovarischer Politiker lautet folgendermaßen:

„...die Schaffung solcher Bedingungen im Kosovo, die es Serbien erlauben wür-den, ein aktiver Teilnehmer am Kosovo zu sein, oder, im Fall der Unabhängigkeit ein spezieller Status für den Norden Kosovos, ähnlich dem der Republika Srpska in Bosnien, und Vereinigung mit Serbien zu einem späteren Datum.“

Das Hin- und Her hat kein Ende: Natürlich wiederholte daraufhin Michael Steiner, dass der Kosovo auf keinen Fall getrennt werden würde.

Nun wiederum gründete die serbische Seite die „Union der serbischen Ortschaf-ten“, die zum Überleben der Serben im Kosovo, zum Schaffen minimaler Sicher-heitsvorkehrungen und die Möglichkeit der Flüchtlingsrückkehr beitragen würde. UNMIK tat diese Vereinigung ab, als gegen die Resolution 1244 verstoßend und die albanischen Politiker behaupteten, sie zerstöre den Dezentralisierungspro-zess.

Die Angst der Serben, völlig aus dem Kosovo vertrieben zu werden, hatte des-weiteren zur Folge, dass sie nun die Rückkehr von mindestens 1.000 serbischen Polizisten und Soldaten für den Schutz der Menschen und der religiösen und kulturellen Monumente im Kosovo verlangen. Auch dies wurde abgelehnt. Den-noch bestätigt UNMIK die Notwendigkeit, dass KFOR diese Monumente weiter beschützen muss.

Das kosovarische Parlament hat sich beschwert, dass UNMIK 21 serbische Richter ohne ihre Zustimmung eingesetzt hat, während Serbien ihr Versprechen, Autos mit kosovarischen Nummernschildern in Serbien zu akzeptieren, brach. Beide Seiten scheinen sich in kleingeistiger Polemik zu verlieren, die die Hoffnung auf einen multiethnischen Staat in weite Ferne rücken lässt.

Die wirklich leidtragende ist die normale Bevölkerung. Ein junger Serbe aus der Enklave Gračanica bei Pristina erzählte mir, dass es während einer großen Feier vor zwei Wochen in Gračanica nur ein Thema unter den Serben gab: Wann und an wen sie ihr Haus verkaufen können, um auswandern zu können.

d – Südserbien

Entgegen aller Erwartungen auf eine stabile Region, die schon fast erreicht zu sein schien, haben selbst in dem angeblich befriedeten Südserbien, in dem die Mehrheit albanisch ist, die Unruhen aufs Neue begonnen.

Ein UNMIK-Mitarbeiter, der kürzlich die Region durchquerte, berichtete folgendes:

Überall hängt die serbische Flagge. Die Straßen sind voller serbischer Polizisten und Militärs. Die Anspannung ist körperlich zu spüren.

So wie die Kosovaren sehen auch die albanischen Bewohner Südserbiens die „Union serbischer Ortschaften“ als einen Versuch der Abspaltung der drei Ortschaften Leposavić, Zvečan und Zubin Potok im Norden des Kosovo. Nun wiederholen sie ihre Forderung von 1992 nach Anschluss an den Kosovo.

Auch die albanische Partei PBDSH im Preševotale kritisiert die neue Verfassung Serbiens und Montenegros, die den Albanern angeblich nicht genug Rechte zubilligt.

Die Reaktion der serbischen Kräfte bestätigte die Albaner nur noch in ihren Forderungen. Am 26. Januar sollte der dritte Jahrestag der sogenannten Befreiungsarmee für Preševo, Medvaca und Bujanovac UCPMB gefeiert werden. Die Zeremonie sollte in einer Grundschule stattfinden. Daraufhin befand die Regierung, dass dies ein Rückschritt sei, da eine monoethnische Zeremonie in einem multiethnischen Gebäude gefeiert werden sollte und das dies die „politische Reinkarnation“ der UCPMB bedeute.

Am 28. Januar wurde dann eine multiethnische Polizeieinheit angegriffen. Der albanische Politiker Musliu klagte die serbischen Sicherheitskräfte an, diesen Angriff als Rache für die oben beschriebene Zeremonie ausgeführt zu haben.

Nach wie vor scheint die ganze Region von einem Gefühl der Angst beherrscht zu sein. Eine unrealistische Forderung zieht eine noch zerstörerischere der „Gegenseite“ nach sich, von Versöhnung und Sicherheit keine Spur mehr.

e - Mazedonien

Auch in Mazedonien sieht es nicht besser aus. Wie ich schon in früheren Berichten beschrieben habe, konnte von Anfang an von einem wirklichen Frieden keine Rede sein.

Die Angst der mazedonischen Bevölkerung vor einem neuen Konflikt scheint berechtigt. Selbst die kosovarische Tageszeitung Koha Ditore warnte vor einem erneuten Angriff der Albanischen Nationalarmee (AKSH). „Als ich letztes Jahr begann zu kämpfen, tat ich dies nicht, damit jemand mit den Slaven zusammen regieren würde. Als wir kämpften, sagten unsere Anführer uns, dass wir gegen die slawischen Mazedonier kämpfen würden.“ Dies sind die Worte eines ehemaligen UCK-Kämpfers und Mitglieds der AKSH.

Albanische Banden, die oft untereinander Krieg führen, versetzen das kleine Land immer mehr in Angst und Schrecken. Einige mazedonische Dörfer, die auf dem Schargebirge, der Grenze zwischen dem Kosovo und Mazedonien liegen, sind völlig ausgeplündert worden. Da im Kosovo die Polizei inzwischen härter durchgreift, stellt auch für kosovoalbanische Kriminelle Mazedonien ein gefundenes Fressen dar. Dies wird vor allem in den vielen Entführungen deutlich, die eine ganz neue Art der Kriminalität für die Mazedonier bedeuten.

Inwieweit es sich um kriminelle oder um politische Gruppen handelt, ist unklar.

Einige Radikale versuchen die Diaspora auf ihre Seite zu ziehen, um ein Großalbanien/-kosovo zu gründen, zu dem sogar Teile Nordgriechenlands gehören sollen.

Die AKSH drohte weiterhin, dass alle territorialen Ungerechtigkeiten, die seit dem Berliner Kongress (1878) geschehen seien, wieder zu korrigieren. Sie werde die Teilung Kosovos durch die Serben niemals zulassen.

Ali Ahmeti, der ehemalige Anführer der albanischen Rebellen und jetziger Politiker, in den friedfertige Albaner all ihre Hoffnungen gesetzt hatten, kann die unrealistischen Versprechen, die er nach den Wahlen letztes Jahr gegeben hat, nicht einhalten. Unzufriedenheit breitet sich aus – von jeher ein guter Nährboden für extremistische Kräfte.

Selbst ein albanischer Politiker der Albanischen Demokratischen Partei warnte vor einem Krieg, der unvermeidbar sei, sollten die Rechte der Albaner nicht verbessert werden.

Auch auf (slawisch)mazedonischer Seite gärt es. Zwar geht die Gewinnerpartei SDSM unter Crvenkovski massiv gegen die Korruption im Lande vor – doch hat sie bisher nur angeblich korrupte Politiker der Gegenpartei VMRO verhaftet. Noch ist dies kein Beweis für mehr Integrität als ihre Vorgängerpartei.

Auch die Verteilung von Arbeitsstellen läuft nicht mehr so wie früher, als Angehörige der gewinnenden Partei selbstverständlich die besten Posten bekamen.

Was die Wirtschaft betrifft, zeigt die neue Regierung nicht mehr Profil als ihre Vorgänger. Jede neue Regierung scheint am Anfang immer nur ein Ziel zu haben: Alles rückgängig zu machen, was die Vorgänger aufgebaut haben. So dreht man sich im Kreis ohne absehbares Ende...

Die Gewaltwelle ebbt nicht ab. Am 28. Januar wurde ein Polizeiinspektor in Skopje erschossen, am 27.1. wurde das Büro der albanischen Koalitionspartei BDI zum wiederholten Male mit Granatenwerfern beschossen, am 24.1. wurden drei Frauen bei einer Schießerei in einem Cafe in Gostivar erschossen, am 26.1. explodierte eine Bombe in Kumanovo neben einer Schule, wobei ein Passant starb und vier verletzt wurden. Am 2. Februar versuchte ein Albaner illegal die Grenze in den Kosovo zu überqueren. Er wurde von der mazedonischen Armee erschossen.

Am 23. Januar blockierten mehrere hundert schwerbewaffnete Mitglieder der ehemaligen Spezialeinheit der Polizei „die Löwen“ die Grenze zwischen Mazedonien und Kosovo. Diese Einheit war 2001 gegründet worden, um gegen die albanischen Rebellen zu kämpfen.

Sie verlangen nun eine Integration in die jetzige Polizei. Nach Verhandlungen mit der Regierung willigte man ein, 600 der vormals 3.500 Polizisten einzustellen. Die albanischen Parteien fordern jedoch die komplette Auflösung der „Löwen“, da alle Organisationen, die an dem Konflikt von letztem Jahr beteiligt waren, ihre Waffen niederlegen sollten.

Wie Serbien und Montenegro, so fürchtet auch Mazedonien sich vor der eventuellen Unabhängigkeit des Kosovo. Die Aspiration der Albaner nach einem Großalbanien/Kosovo sind real und wir fürchten für unsere Grenzen .

Auch sozial und wirtschaftlich gesehen liegt das kleine Land genauso brach wie der Kosovo. Bauern, die zehn Stunden am Tag hart arbeiten, verdienen unter 150 € im Monat.

Das Gesundheitswesen ist unterfinanziert und korrupt. Bei einer Operation muss man den Professor noch einmal extra bezahlen, sonst kann man unter Umständen monatelang auf seine OP warten. Wie im Kosovo werden im öffentlichen Gesundheitswesen „Geschenke“ erwartet. Die Geräte sind veraltet, die Medikamente unerschwinglich. Es gibt einige gute Privatkliniken in Mazedonien, die jedoch nur für reiche Menschen zugänglich sind.

Aber noch einmal zurück zur politischen Lage: Kürzlich erfuhr ich zufällig, dass ein junger mazedonischer Albaner hier im Pristina mit einer Schusswunde ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Er hatte sich im Auto mit seinem Gewehr selbst(?) verwundet. Warum hatte er in Friedenszeiten ein Gewehr bei sich? Und was sagt es über den Kosovo, dass man bei einer Schussverletzung nicht nach dem Warum und Woher gefragt wird? Dass dies nicht der Polizei gemeldet wird? Die scheinbar selbstverständliche Akzeptanz der Gewalt und des Waffenbesitzes innerhalb der ethnischen Gruppen lässt darauf schließen, dass man noch weit von einer justizfürchtigen, friedlichen Demokratie entfernt ist².

² Alle Angaben aus der albanischen, serbischen und teilweise internationalen Presse und persönlichen Interviews, UNMIK News, Daily Falcon

2/ Die wirtschaftliche Lage im Kosovo

Über eines sind sich alle Wirtschaftsexperten einig: Die ohnehin schwache wirtschaftliche Lage im Kosovo wird sich in den nächsten Jahren eher noch weiter verschlechtern. Die Gründe sind vor allem die Reduzierung der internationalen Organisationen – derzeit sind 17.522 Personen bei diesen Agenturen beschäftigt³, die Reduzierung der Spendenmittel im allgemeinen und fehlende Gelder von der zurückgekehrten Diaspora.

Momentan profitiert der Kosovo noch sehr von den in der Überzahl bestehenden Dienstleistungsbetrieben. In einem Gebiet so groß wie das Saarland gibt es über 1.200 Tankstellen. Die internationale Gemeinschaft gibt Unsummen für überhöhte Mieten, teure Restaurants, Cafes, usw. aus. Allein für die relativ kleine Gruppe der amerikanischen Polizisten werden täglich 1 Mill. Euro im Kosovo aufgewendet.

Am offensichtlichsten wird das Problem dieser Abhängigkeit in der Baubranche. Der Wiederaufbau ist zum größten Teil abgeschlossen, viele Firmen müssen nun schließen, Tagebauarbeiter werden entlassen. Debra Wahlberg⁴, eine Wirtschaftsexpertin von USAID (United States Agency for International Development) zählt zudem weitere Faktoren auf, die die kleinen Betriebe im Kosovo daran hindern, Profit zu machen: Zum einen die mangelnde Stromversorgung. Ein Generator, der eine ganze Fabrik betreibt, ist für die meisten zu kostspielig. Die Konkurrenz von Billigimporten aus anderen Balkanländern und die hohen Importzölle für Rohmaterialien machen den Kleinunternehmen das Leben schwer⁵. Obwohl es mittlerweile 7 Banken und 11 Mikrofinanzierungsinstitute gibt, sind die Zinsen sehr hoch – bei kommerziellen Banken zwischen 15-22%, bis zu 32% bei privaten Finanzierungsinstituten. Dies liegt daran, dass die Institute keine Garantien haben. Die meisten der Kleinunternehmen, wie Geschäfte, Kioske, usw. benutzen keine Buchführung; Eigentumsverhältnisse sind oft nicht geklärt⁶.

Dennoch gibt es laut Frau Wahlberg einige positive Wendungen. Obwohl von umfangreichen Exporten noch keine Rede sein kann, so gibt es doch Fortschritte in der Produktion von Landwirtschaftlichen Produkten, sowie in der Metall- und Holzverarbeitung. Was fehlt sind mittelfristige Kredite und Eigenkapital.

Das sicher größte Problem sind die immer noch fehlenden Fremdinvestitionen. Laut Frau Wahlberg ist dies weniger eine Konsequenz des ungeklärten Status (wie alle Kosovaren behaupten), sondern vielmehr weil es keine politische Risikoversicherung gibt. Dazu sind die Transportwege und die Infrastruktur im allgemeinen noch nicht konkurrenzfähig. Und Andreas Wittkowsky, der Wirtschaftsberater der EU, bestätigt, dass der Binnenmarkt einfach nicht interessant genug ist.

³ RIINVEST, Institute for development research, Labour market and Unemployment in Kosova, Jan. 2003

⁴ Gespräch am 10.1.03

⁵ *Focus Kosovo*, Dezember 2002

⁶ Andreas Wittkowsky, Economic Policy Advisor, EU Pillar IV, Gespräch am 6.2.03

Der Schritt, der alles retten soll, ist die Privatisierung. Doch diese wird zunächst für die Schließung vieler Firmen und die Entlassung hunderter von Arbeitern führen – also erst mal einen Rückschritt bedeuten. Beispiele sind KEK; die Stromgesellschaft, die mehrere Nebenunternehmen schließen muss, wobei 490 Angestellte gehen müssen und die Kohle Trocknungs- und heating plant, die 390 Arbeiter entlassen wird⁷.

Für ein Land mit nur 2 Mill. Einwohnern sind diese Zahlen sehr groß.

Es gibt ca. 550 staatliche Betrieb, von denen maximal 60 bis 70 privatisiert werden können, die anderen sind mehr oder weniger Ruinen.

Noch sind 22,94% der arbeitsfähigen Bevölkerung in diesen Unternehmen beschäftigt (obwohl zumeist pro Forma).

Von den 47.918 im Kosovo registrierten Unternehmen beschäftigen 43.000 vier oder weniger Angestellte. 51% sind im Handel tätig, nur 10% in der Produktion⁸.

RIINVEST, ein lokales Institut für Entwicklungsforschung (unterstützt von USAID), gab diesen Monat eine ausführliche Studie über den Arbeitsmarkt und die Arbeitslosigkeit heraus. Ich werde diese als Grundlage für eine ausführliche Beschreibung der Situation verwenden.

Der Kosovo hat 2,5 Mill. Einwohner⁹, von denen 450.000 nicht im Kosovo leben (davon sind 100.000 Minderheiten). 59% oder 1.210.000 Menschen sind im arbeitsfähigen Alter. Davon wiederum sind 58% aktiv, entweder angestellt oder selbsttätig (mehr dazu später). 70% der aktiven Bevölkerung arbeitet im privaten Sektor, d.h. in Privatunternehmen oder in der privaten Landwirtschaft.

Die Arbeitslosenquote beträgt 49%. Sie ist mit 63% besonders hoch bei Frauen. Noch besorgniserregender ist die hohe Arbeitslosenzahl bei jungen Menschen zwischen 16 und 24 Jahren. Sie beträgt 71,6%.

Weitere Hauptcharakteristiken der Arbeitslosigkeit sind:

- Ein sehr hohe Zahl an Langzeitarbeitslosen (83%)
- Ein sehr geringes Niveau an freiwilliger Arbeitslosigkeit (der akzeptierte Mindestlohn liegt bei unter 200 €).

200 € mögen relativ viel erscheinen im Vergleich zu anderen Ländern, aber man muss diese Zahl in Relation mit der Höhe der Lebenshaltungskosten setzen .Im Jahr 2000 konnte eine traditionelle sechsköpfige kosovarische Familie mit monatlich 281 € relativ normal leben. Im Jahr 2002 war die Summe für den Grundbedarf auf 336 € gestiegen und es werden weitere Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel in den nächsten Wochen vorausgesagt. In dem Maße, wie die

⁷ UNMIK EU Pillar, Weekly Report, 3.2.03

⁸ UNMIK Fact Sheet Kosovo, Oct. 2002

⁹ da die letzte Volkszählung, an der auch die Albaner teilnahmen, fand vor 12 Jahren statt. Aus diesem Grund beruhen alle Angaben auf den Untersuchungsergebnissen mit ca. 10.000 Einwohnern

Lebenshaltungskosten steigen, fallen die Gehälter, zum Teil auch durch die Einführung der Einkommenssteuer (siehe oben)¹⁰.

Nur 58% der Arbeitslosen sind laut dem Ministerium für Arbeit und Sozialwesen bei den Arbeitsämtern gemeldet. Dies liegt daran, dass viele einfach die Hoffnung aufgegeben haben und wissen, dass auch diese Ämter keine Jobs hervorzaubern können. Auch die AGEF¹¹ (Association of Experts in the fields of migration and development co-operation), von Deutschland finanziert, hat es nicht geschafft, mehr als 2.000 Stellen in den letzten dreieinhalb Jahren zu vermitteln.

Der ungeklärte politische Status des Kosovo verhindert auch mögliche Abkommen mit anderen Staaten über Saisonarbeit, wie z.B. das Saisonarbeiterabkommen zwischen Albanien mit Griechenland. **Fest steht, dass der kosovarische Arbeitsmarkt den um 21.000 bis 25.000 Personen jährlich anwachsenden Zustrom von arbeitsfähigen Personen nicht aufnehmen werden kann.**

Ein ganz großes Problem stellt zudem das Bildungssystem dar. Trotz großer Bemühungen von internationaler Seite, das System in den letzten drei Jahren zu reformieren, stellte sich in einer Umfrage unter den Klein- und Mittelständischen Unternehmen heraus, dass **das Bildungssystem nicht in der Lage ist, qualifizierte Arbeitskräfte hervorzubringen.**

Nur 37.7% der jugendlichen Albaner besuchen die höhere Schule und nur 8.7% die Universität. Gut 10% der Bevölkerung besitzt überhaupt keine Bildung.

Der Kosovo ist traditionell und von seinen Kapazitäten und Ressourcen her eine landwirtschaftliche Provinz. Durch den Krieg aber ist ein großer Teil der Landbevölkerung in die Städte abgewandert. Dadurch ist ein Ungleichgewicht entstanden, dass den Arbeitsmarkt in den Städten noch mehr überlastet. Noch 1991 lebten 65% der Bevölkerung auf dem Land, heute sind es nur noch 55%.

Ein großes Problem für die „Staats“kasse bedeutet die Tatsache, dass 34,3% der Arbeitnehmer keine Steuern zahlen! Dies sind Menschen, die ohne Vertrag in klein- und mittelständigen Unternehmen eingestellt sind. Meist handelt es sich um Familienmitglieder.

Der informelle Sektor ist hier besonders zu erwähnen. Er schafft Arbeitsplätze in einem Land mit einem sehr begrenzten formellen Sektor und der Abwesenheit einer Sozialversicherung. Leider gibt es hier auch keine Jugendschutz. Wie schon in früheren Berichten beschrieben, **arbeiten sehr viele Kinder, manche unter 6 Jahren, in diesem informellen Sektor. Sie verkaufen Zigaretten, Telefonkarten, Kaugummis, auf der Strasse, oft bis spät in die Nacht.**

Dieser Sektor umfasst zwischen 15 und 22% der Bevölkerung.

Die Einführung der Einkommenssteuer hat diesen Sektor noch vergrößert.

¹⁰ Economic and European News, Department of Public Affairs of the EU Pillar, 28.1.03

¹¹ Gespräch mit dem AGEF Projektmanager Bedri Xhafa, 23.1.03

Aufgrund der großen Arbeitslosigkeit im Kosovo emigrieren immer noch viele – meist junge Männer. Hauptsächlich handelt es sich um Personen ohne Qualifikation, die im Kosovo keine große Chance haben, einen „vernünftigen“, d.h. einen festen Job zu bekommen, der es ihnen ermöglichen würde, zu heiraten und eine Familie und ein Haus zu besitzen. In Mazedonien gibt es sogar schon Clubs solcher jungen Männer, die es sich einfach finanziell nicht leisten können, eine Familie zu gründen. Viele dieser frustrierten Männer wandern – illegal – wieder in den Westen aus.

Die Rate der Langzeitarbeitslosen im Kosovo ist viel höher als in allen anderen Ländern der Region. Dies liegt vor allem an der großen „Verdrängungswelle“ gegen die Albaner Anfang der 1990er Jahre. Viele dieser Menschen haben nie wieder einen Job in ihrer Sparte gefunden. Das gilt vor allem für Krankenhaus- und Lehrpersonal, da sie mir den Jahren einfach den Anschluss und die Praxis verloren haben.

Anders als in Industrieländern handelt es sich bei den Arbeitslosen im Kosovo zumeist um Personen ohne besondere Bildung. 58% der Arbeitslosen haben wenigstens eine höhere Schule besucht, während 33% die Schule nur bis zur vierten Klasse besucht haben. 50% der arbeitslosen Frauen fallen in die letzte Gruppe, oftmals haben sie überhaupt keine Schule besucht.

Zu den letzteren Gruppen gehören vor allem die Roma, Ashkali und Ägypter. Die Tatsache, dass sich seit dem Ende der Nahrungsmittelhilfe im Juni 2002 sehr viele dieser Menschen sich wieder von Abfällen ernähren, unter- und fehlernährt sind, trägt auch nicht zur Besserung des Bildungsniveaus bei, da chronische Unterernährung die Hirnfunktionen nachhaltig beeinträchtigt.

Bei der desolaten Lage der Wirtschaft, die schon jetzt augenscheinlich immer kritischer wird, kann man sich vorstellen, wie es Minderheiten geht. Der Ombudsmann der UNMIK Marek Novicki und ich sind beider der gleichen Meinung:

Minderheiten können hier überall leben – solange sie nicht in den Arbeitsmarkt eingreifen. Dann ist die Toleranz zu Ende.

Pristina, den 14. Februar 2003
Christina Kaiser